

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend ein konsequentes Vorgehen gegen Sicherheitsdumping entsprechend den
Empfehlungen des AKW-Stresstests der EU-Kommission**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass sich diese bei der EU für die Beseitigung der nun durch die EU-Kommission bei Atomkraftwerken festgestellten Mängel und die Umsetzung der im Prüfbericht geäußerten Empfehlungen einsetzt, sowie dafür, dass

- die Staats- und Regierungschefs dem zuständigen Kommissar einen Prüfungsauftrag erteilen, was gegen die Sicherheitsmängel in den 145 Reaktoren der EU in den nächsten zwei Jahren unternommen wird und inwieweit die nun durch die Prüfer geäußerten Empfehlungen umgesetzt wurden
- eine Versicherungspflicht über Schäden von zumindest 10 Mrd. Euro für europäische Atomkraftwerke von Seiten der EU vorgeschrieben wird
- eine unabhängige und weisungsfreie EU-Atomaufsichtsbehörde mit sämtlichen Sanktionsmöglichkeiten bis hin zur Möglichkeit, unsichere Reaktoren abzuschalten, ausgestattet wird.

Begründung

Wie nun der aktuelle, von der EU-Kommission durchgeführte, AKW-Stesstest aufzeigte, gibt es in der EU kein einziges Atomkraftwerk, keinen einzigen Reaktor ohne sicherheitstechnische Mängel. 37% der 145 aktiven Reaktoren in 58 AKW der EU genügen nicht zeitgemäßen Sicherheitsstandards bei Erdbeben, 43 % schwächeln bei Überflutungsrisiken und jedes zweite AKW hat keine Leitlinien für das Verhalten im Katastrophenfall. Neben den internen und externen Notfallplänen wurden auch die Qualifikation der Mitarbeiter und Mängel in der Robustheit der Kühlsysteme kritisiert.

Für die tschechischen AKW Dukovany und Temelin empfiehlt der Prüfbericht der Kommission etwa, dass die Notfallausrüstung besser gelagert werden muss, dass Leitlinien für schwere Unfälle vorliegen müssen, Wasserstoff-Explosionen in solchen Fällen verhindert werden müssen und Filter

installiert werden, die ein Austreten von Radioaktivität beim Ablassen von Druck verhindern. Besonders arg soll es dem Bericht zufolge um das slowenisch-kroatische AKW Krsko bestellt sein, dem der Bericht doppelt so viele Seiten widmete wie den 17 deutschen Reaktoren. EU-weit sollen dem Bericht zufolge bis zu 25 Milliarden Euro erforderlich sein, um die bestehenden Reaktoren auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen.

Besonders die medialen Äußerungen des zuständigen Kommissars Günther Oettinger sind als Hinweis für einen dringlichen Handlungsbedarf zu werten. So forderte er die Staats- und Regierungschefs auf, ihn mit einem Prüfungsauftrag auszustatten, um festzustellen, was gegen die Sicherheitsmängel in den 145 Reaktoren der EU in den nächsten zwei Jahren getan wird und ob das, was die Prüfer jetzt dringend angeraten haben, auch umgesetzt wird. Weiters wies er darauf hin, dass es nicht sein Auftrag sei, durch Sicherheitsdumping die Kernkraft billig zu machen und kündigte in diesem Zusammenhang an, Gespräche über die Versicherbarkeit von Schäden von bis zu zehn Milliarden Euro führen zu wollen.

Linz, am 6. November 2012

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Aichinger, Gattringer, Bernhofer, Kirchmayr, Baier, Manhal, Ecker

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Buchmayr, Reitsamer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Makor, Eidenberger, Affenzeller, Pilsner, Krenn, Rippl, Schaller, Bauer, Promberger, Röper-Kelmayr, Müllner

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Cramer